

NRW-Ministerpräsident Wüst: „Kalamitätsflächen für Erneuerbaren-Ausbau nutzen“



Artikel

von Cathrin
Hesseler

[Kontakt](#)

[Teilen](#)

[Drucken](#)

Nordrhein-Westfalens Ministerpräsident Hendrik Wüst. Bild: Land NRW / Ralph Sondermann

12. Januar 2022

Nordrhein-Westfalens Ministerpräsident Hendrik Wüst glaubt, dass das Bundesland die erneuerbaren Energien soweit ausbauen kann, wie es für einen früheren Ausstieg aus der Kohleverstromung 2030 notwendig ist. Das sagte der Landeschef am Dienstagabend vor Journalisten der Wirtschaftspublizistischen Vereinigung aus Düsseldorf. Die Beteiligung von Bürgern sieht Wüst dabei als entscheidenden Faktor, um die Aufstockung der Wind- und Solarkapazitäten in der notwendigen Größenordnung zu schaffen. „Ich glaube, wir bekommen den Ausbau in diesem dicht besiedelten Land dann hin, wenn wir die Akzeptanz vor Ort erhalten“, erklärte er. Bürgerenergieparks etwa seien eine gute Idee, bei denen etwa Windkraftträder von einer Gruppe von Bürgern gemeinsam geplant und betrieben würden. „Auf einmal ärgert man sich nicht mehr über jeden Schlagschatten, der auf den Esszimmertisch fällt – sondern freut sich stattdessen darüber, dass man Geld verdient“, sagte Wüst. „Das ist eine gute Idee, man muss es halt nur machen.“ Das Ganze sei eine Frage der Klugheit von Flächeneigentümern. „Wenn man

Mitte Dezember hatte die NRW-Landesregierung ihre „Fortschreibung der Energieversorgungsstrategie“ präsentiert. Nach diesen Plänen soll der Anteil der erneuerbaren Energien an der Stromerzeugung auf mehr als 55 Prozent bis 2030 steigen. Wüst räumte ein, dazu gäbe es für seine Regierung noch viel zu tun. Um den Kohleausstieg überhaupt hinzubekommen, müssten die Schritte aber in der richtigen Reihenfolge gegangen werden: Zunächst müsse man sich darum kümmern, dass die Erneuerbaren die Versorgung auch übernehmen können. Erst danach ging es um konkrete Vereinbarungen zum Kohleausstieg. „So herum muss die Reihenfolge sein. Sonst stehen wir am Ende ohne alles da.“ Wüst zeigte sich optimistisch, dass die derzeit geltenden Regeln dem notwendigen Ausbau nicht im Weg stünden. Zum Beispiel könnten so genannte Kalamitätsflächen zusätzlich einbezogen werden, also Teile von Wäldern, deren Bäume wegen Sturm, Dürren oder Schädlingen abgestorben sind. „Da haben wir ein Mehr an Flächen, das durch den Klimawandel entstanden ist“, sagte Wüst. Hier können wir zusätzliche Potentiale heben.“

Um den Kohleausstieg vorzuziehen, sei er zu allem bereit, was landespolitisch möglich ist. Darüber hinaus müssten Bundesregierung und EU ihre Hausaufgaben machen. „Das Hauptaugenmerk für Brüssel liegt erst einmal darauf, das Thema Gas nicht zu vertändeln“, sagte Wüst. Daneben müsse ein funktionierender Kapazitätsmarkt her.



Artikel

von Cathrin Hesseler

[Kontakt](#)

[Teilen](#)

[Drucken](#)